



Bernhard Felderer wurde 1941 in Klagenfurt geboren. Studium an den Universitäten Wien und Paris. 1966/67 Research Assistant bei Prof. Fritz Machlup, Princeton University, USA. 1967/68 Visiting Lecturer, University of North Carolina, Chapel Hill, USA, 1968-1974 Assistent am Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Universität Karlsruhe. 1977 ein Semester Forschungs- und Lehrtätigkeit in der UdSSR. 1974-1991 Professor für Volkswirtschaftslehre in Köln, 1991-1995 in Bochum. Seit 1991 Direktor des Instituts für Höhere Studien Wien und seit 1995 Professor für Volkswirtschaftslehre in Köln.

Umfangreiche internationale Beratungstätigkeit für die Bundesregierung, Ministerien und Verbände in Deutschland und Österreich. Daneben auch Beratung von Unternehmen und Non-Government-Organizations. Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze in wissenschaftlichen Publikationen.

*Adresse:  
Univ. Prof. Dr. Bernhard Felderer  
Institut für Höhere Studien (IHS)  
Stumpergasse 56  
1060 Wien  
Österreich*

# Privatisierung in Europa

Vortrag bei der von Austria perspektiv, ÖIAG und Industriellenvereinigung veranstalteten Enquete „Perspektiven der Privatisierung“

## ZUSAMMENFASSUNG

*Der Beitrag versucht, die tatsächliche geschichtliche Entwicklung und die Entwicklung der Theorien in den letzten Jahrzehnten aufzuzeigen. Die Ergebnisse zeigen, dass trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen alle europäischen Länder in den letzten zwei Jahrzehnten mehr oder weniger massive Privatisierungen vorgenommen haben. Vorläufer waren Deutschland mit den ersten initial public offerings (IPO's) schon Ende der 1950er Jahre und die bisher radikalsten Privatisierungen in Europa im Großbritannien zwischen 1979 und 1996. Während in Großbritannien die Privatisierungsaktivitäten seit 1997 zum Stillstand gekommen sind, wird in den anderen Ländern auch noch in jüngster Zeit der Privatisierungsprozess fortgeführt.*

*Es wird anschließend beispielhaft auf die Privatisierungsaktivitäten in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Finnland eingegangen. Die österreichische Privatisierung wird nicht näher betrachtet, da dies dem zweiten Beitrag vorbehalten bleiben soll.*

## **I) Entwicklung der Privatisierung und der theoretischen Denkmodelle**

Während sich die Geschichte öffentlicher Unternehmungen bis in das Mittelalter zurück verfolgen lässt, bleibt der Anteil dieser Unternehmen vergleichsweise gering. Im 19. Jahrhundert im Zusammenhang mit der Entstehung des Nationalismus und der Bildung von Nationalstaaten bilden sich überall in Europa Unternehmen in reiner öffentlicher Eigentümerschaft, die den Staat mit militärischem Gerät versorgen, die den für die Industrialisierung entscheidenden Nachschub an Kohle und Stahl besorgen und den Transport von Briefen, Gütern und Menschen sichern sollen. Die tatsächliche Wirtschaftspolitik war also in diesen Nationalstaaten nicht im Einklang mit der damals dominierenden neoklassischen Theorie, denn die Regierungsaktivitäten gingen weit über die Bereit-

**Geschichtliche  
Entwicklung und  
Entwicklung der  
Theorien**

**19. Jahrhundert:  
Bildung von  
Nationalstaaten –  
Unternehmen in reiner  
öffentlicher  
Eigentümerschaft**

**Nach dem Zweiten Weltkrieg deutliche Zunahme staatlicher Unternehmungen**

**Siebziger Jahre: In der Krise zeigten die staatlichen Unternehmen schlechtere Ergebnisse als private**

**Langsam beginnende Globalisierung**

**Studien über den Einfluss öffentlicher Eigentümerschaft auf das Betriebsergebnis**

stellung von rein öffentlichen Gütern wie Verteidigung, innere und äußere Ordnung, hinaus. Die theoretische Rechtfertigung des staatlichen Eingriffs in dieser Zeit waren im Wesentlichen positive externe Effekte und Marktversagen.

Die enormen durch den II. Weltkrieg hervorgerufenen Verwerfungen führte zu einer deutlichen Zunahme des Anteils staatlicher Unternehmungen, denen man in mehreren Ländern Europas im Chaos der Nachkriegszeit eher als privaten Unternehmen eine rasche Wiederherstellung von normalen wirtschaftlichen Zuständen zutraute. So ist in Deutschland und Österreich das Eigentum des Dritten Reiches ebenso verstaatlicht worden, wie es Verstaatlichungswellen im Frankreich und Italien der Nachkriegszeit gegeben hat. Überhaupt war der Ruf des staatlichen Unternehmens im Allgemeinen nicht schlecht, obwohl schon in den 1950er Jahren in einigen Ländern wie in Westdeutschland oder Großbritannien innenpolitische Diskussionen um eine notwendige Privatisierung begannen. In Westdeutschland sind auch, wie unten angeführt ist, bereits Ende der 1950er Jahre die ersten großen Privatisierungen durchgeführt worden.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre kam es in der Folge der ersten größeren Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit zu einem erkennbaren Bruch des bis dahin europaweit geltenden Konsenses eines relativ starken Anteils von öffentlichen Unternehmen. Diese Wende hatte mehrere Gründe: In der Krise zeigten die staatlichen Unternehmen schlechtere Ergebnisse als der Durchschnitt der privaten. Dies lag sicher erstens an den vielfältigen Zielsetzungen öffentlicher Unternehmen, die nur teilweise auf den finanziellen Unternehmenserfolg gerichtet waren. Zweitens hat die schon Ende der 1970er Jahre langsam beginnende Internationalisierung und Globalisierung den Fokus der Aufmerksamkeit vom Nationalstaat auf die globalen Märkte gelenkt und daher die Mobilisierung aller Produktivitätsreserven der Unternehmen notwendig gemacht. Drittens hat die theoretische Diskussion die realen Entwicklungen durch eine Fülle neuer Theorien unterstützt.

An theoretischen Entwicklungen kann man mindestens zwei Denkrichtungen feststellen:

1. Ergebnis vieler Studien war, dass die Tatsache privater oder öffentlicher Eigentümerschaft dann keinen Einfluss auf das Betriebsergebnis hat, wenn sich das öffentliche Unternehmen in einem Wettbewerbsmarkt befindet und Manager denselben Anreizen ausgesetzt sind und dieselbe Autonomie besitzen wie im Fall privater Eigentümer. Dies aber kann in der Regel nicht erwartet werden, und zwar nicht nur deshalb, weil viele öffentliche Unternehmen als Monopole geführt worden sind und vielfältige, nicht auf den Unternehmenserfolg gerichtete Ziele verfolgen mussten, sondern auch, weil das Principle-Agent-Problem im Fall öffentlicher Unterneh-

men von besonderer Bedeutung ist. Dies ist die Tatsache, dass zwischen dem Eigentümer (Principle) und dem mit bestimmten Aufgaben betrauten Agenten grundsätzlich keine Interessenübereinstimmung bestehen muss, sondern die Handlungen der Agenten realistischer Weise einer persönlichen Nutzenmaximierung folgen werden. Zwar wird der Eigentümer immer versuchen, durch möglichst genaue Überwachung des Managers seinen Unternehmenserfolg zu maximieren, dieser hat aber aufgrund seiner unmittelbaren Nähe zum Unternehmen einen Informationsvorsprung und wird diesen zu seinem persönlichen Vorteil nützen. Damit entsteht eine Verringerung der Effizienz des Unternehmens. (Vgl. B. Felderer, R. Koman).

Auch in privaten Kapitalgesellschaften wird in der Regel nicht der Eigentümer selbst im Aufsichtsrat sitzen und alle Geschäfte des Vorstandes kontrollieren können. Da sowohl Aufsichtsrat und Management eigene Interessen haben, werden beide Gruppen versuchen, ihren Informationsvorsprung gegenüber dem Eigentümer auf ihre Weise zu nutzen. In einem vom Staat betriebenen Unternehmen fungieren Wähler und Steuerzahler als Eigentümer, und die von ihnen gewählten Politiker können mit der Funktion von Aufsichtsratsmitgliedern einer privaten Aktiengesellschaft verglichen werden. Das Principle-Agent-Problem tritt aber in staatlichen Unternehmen in systematischer Weise stärker in Erscheinung als in privaten Unternehmen. Diese Tatsache hat mehrere Gründe:

- Bei einer zunehmenden Zahl von Eigentümern werden die Koordinations- und Konsensfindungsprobleme größer und damit auch die Handlungsspielräume des Managements. Die Anzahl der Eigentümer in einem Staatsunternehmen entspricht der Anzahl der Staatsbürger. Dies bedeutet, dass das Principle-Agent-Problem allein schon durch die Zahl der Principals verschärft wird.

- Ein Teilhaber eines privaten Unternehmens kann bei unbefriedigendem Erfolg des Unternehmens seine Anteilsrechte verkaufen oder darauf dringen, das Management auszuwechseln. Beide Sanktionsmöglichkeiten sind bei einem Staatsunternehmen kaum vorhanden. Einerseits ist ein Anteil an einem staatlichen Unternehmen nicht verkäuflich, andererseits ist der Handlungsspielraum des Wählers bei Misserfolg eines staatlichen Unternehmens in Form einer Stimmabgabe bei einer Wahl mit den Möglichkeiten eines privaten Aktionärs nicht vergleichbar.

Bei politischen Wahlen wird nämlich über zu wählende Staatsorgane entschieden und das Abschneiden eines spezifischen öffentlichen Unternehmens wird daher beim Wahlverhalten keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen.

2. In den 1980er Jahren kam es zu einem Umdenken in jenen Bereichen, die durch Netze charakterisiert sind. Dazu

## **Principle-Agent-Problem**

### **Verringerung der Effizienz des Unternehmens**

### **Aufsichtsrat und Management haben eigene Interessen**

### **Bei zunehmender Zahl von Eigentümern werden die Koordinationsprobleme größer**

### **Sanktionsmöglichkeiten bei Staatsunternehmen kaum vorhanden**

**„Natürliche Monopole“  
im Bereich von Netzen**

**Trennung der Netze von  
dem mit den Netzen  
transportierten Produkt**

**Internationale Effizienz-  
vergleiche: eindeutig  
höhere Effizienz  
privater Unternehmen**

**In Entwicklungsländern  
ist Effizienz-Abstand  
besonders deutlich**

gehören Straßen-, Schienen-, Telefon-Elektroleitungen und Gasleitungsnetze. Die klassische ökonomische Theorie betrachtete diese Fälle damals als sogenannte „natürliche Monopole“. Man ging davon aus, dass der Wettbewerb in diesen Bereichen langfristig auf jeden Fall in einem Monopol enden müsste. Die Schlussfolgerung war in der Regel die, dass diese Aufgabe einem staatlichen Unternehmen übertragen werden soll.

Die moderne Theorie trennt die Netze von dem mit den Netzen transportierten Produkt. Man spricht von Market Design, weil klar ist, dass in diesen Märkten der Staat die Rahmenbedingungen für einen kompetitiven Markt erst schaffen muss und durch einen Regulator aufrecht erhalten muss. So wurde die Schiene vom darauf rollenden Gut getrennt, die Leitung vom darin fließenden Strom, die Pipeline vom darin fließenden Öl oder Gas, das Telefonnetz von der damit transportierten Information. Wettbewerb unter den Erzeugern der eigentlichen vom Netz transportierten Leistung (Transport, Strom, Öl, Gas, Kommunikation) ist theoretisch möglich und funktioniert heute in sehr vielen Fällen weltweit. Damit ist aber eine weitere zentrale Begründung für öffentliche Eigentümerschaft in dieser Unternehmensgruppe entfallen, öffentliches Eigentum wird allenfalls noch für die Netze selbst diskutiert, aber selbst dort keineswegs notwendig.

Empirisch ist die aus den theoretischen Überlegungen von oben gezogenen Schlussfolgerung, der Staat agiere als Unternehmer weniger effizient als ein privater Unternehmer, durch eine Reihe von Studien belegt. So haben Schneider und Bartel (1989) einen nach Branchen gegliederten Überblick über die empirischen Ergebnisse einschlägiger internationaler Effizienzvergleiche durchgeführt. In 40 von 53 verschiedenen Studien ergibt sich eine eindeutig höhere Effizienz privater Unternehmen. Neue Daten der Weltbank (Privatization in Europe, Asia and Latin America, Paris, OECD, 1993) zeigen, dass in Entwicklungsländern der Abstand zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen in Bezug auf Effizienz besonders deutlich ist. In Industrieländern ist der Abstand geringer. Dies kann sehr gut auf das oben angesprochene, in Entwicklungsländern schärfer ausgeprägte Principle-Agent-Problem zurück geführt werden. Wenn öffentliche Unternehmen aus den bei öffentlichen Unternehmen üblichen Nebenbedingungen wie Einhalten einer Preisstruktur, Beschäftigung bestimmter Firmen oder Personen etc. befreit werden und das Management dieselben Anreize und Freiheiten wie in einem privaten Unternehmen hat, finden Untersuchungen keinen wesentlichen Unterschied zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen. (Aharoni, Y., The Performance of State-Owned Enterprises in P.A. Toninelli ed. The Rise and Fall of State-Owned Enterprises in the Western World. Cambridge University Press, 2000. Felderer, B. et. al., Public-Private-Ownership,

IHS, Forschungsberichte, 2000). Aber gerade diese Rahmenbedingungen scheinen bei öffentlichen Unternehmen kaum jemals herstellbar zu sein. Wenn alle diese Rahmenbedingungen gleich wie in einem privaten Wettbewerbsmarkt sind, stellt sich außerdem die Frage, warum diese Unternehmen überhaupt in öffentlichem Eigentum gehalten werden müssen.

## **II) Die Entwicklung der Privatisierung in einzelnen Ländern Europas**

### **Deutschland**

Mit einem durchaus erheblichen öffentlichen Eigentumsanteil auch in der Industrie wurden unter Adenauer erstmalig 1959 öffentliche Unternehmen durch Verkauf von Aktien privatisiert. Westdeutschland war damit das erste Land, das solche Aktionen in großem Umfang durchgeführt hat, z. B. Volkswagen etc. Adenauers Ziel war die Erhebung der Effizienz der Industrie, Verminderung von Steuern und Reduktion des Staatseinflusses, die Entwicklung einer Demokratie aus Aktienbesitzern und die breitere Streuung von Produktivkapital. Spezifisch an dem deutschen Vorgang war die Haltung der Länder, die sich gegen die Privatisierung profitabler und für die Regionalökonomie wichtiger Unternehmen wehrten und in einigen Fällen erhebliche Aktienanteile erwarben. Erst seit der Krise Mitte der 1970er Jahre gaben auch die Länder, erschüttert durch massive Strukturkrisen in Kohle, Stahl und Werften, ihren Widerstand gegen Privatisierung langsam auf, obwohl die wesentlichen Privatisierungsschritte erst in den 1990er Jahren erfolgt sind.

Privatisierung bekam in Deutschland einen neuen Stellenwert, als die Überreste der Deutschen Demokratischen Republik durch die Treuhandanstalt in marktwirtschaftliche Verhältnisse überführt werden mussten. Gleichzeitig wurden in den 1990er Jahren ein Teil der Post in Form der Deutschen Telekom (1996) und eine teilweise Privatisierung der Gelben Post (2000) mit der Abschaffung des Postmonopols in 2003 durchgeführt. Die Entstehung von Märkten und Wettbewerb auf den deutschen Schienen, Strom- und Gasleitungen ist zwar durchgeführt worden, die Erfahrungen stecken allerdings in den Kinderschuhen.

### **Frankreich**

Seit den Tagen Ludwigs XIV. und seinen merkantilistischen Beratern ist der Staatseinfluss in Frankreichs Wirtschaft wesentlich größer als in den anderen vergleichbaren Staaten wie z.B. Deutschland. Die Verstaatlichungen nach dem II. Weltkrieg, insbesondere auch von mehreren Banken, Teilen der Auto- und Schwerindustrie, fügten sich in eine konsistente Tradition einer Bevormundung der Privatwirtschaft durch den Staat. Noch in den 1980er Jahren kam es zu Verstaatlichungen, die den Zweck hatten, französische Industrien vor der

**Gleiche Rahmenbedingungen bei öffentlichen Unternehmen kaum herstellbar**

**Erste Privatisierungen in Deutschland im Jahr 1959**

**Länder wehrten sich gegen die Privatisierung**

**Wesentliche Privatisierungsschritte in den Neunziger Jahren**

**Frankreich: Tradition einer Bevormundung der Privatwirtschaft durch den Staat**

**Privatisierungen während  
der „cohabitation“**

**Notwendigkeit  
von Strukturreformen,  
weltweiter  
Wettbewerbsdruck**

**Schlechte Entwicklung der  
britischen Wirtschaft in den  
1960er- und 1970er-Jahren**

**Margret Thatchers  
Privatisierungsprogramm**

schärfer werdenden Globalisierung zu schützen. Während der Periode der „cohabitation“ von Mitterrand und Chirac wurde in den Jahren 1986 bis 1988 ein Privatisierungsprogramm durchgeführt, das im Wesentlichen darin bestand, die vorher verstaatlichten Unternehmen wieder zu privatisieren. Das Programm ist in seiner Schärfe in keiner Weise mit den Thatcher-Maßnahmen in England zu vergleichen, die zu dieser Zeit bereits fast alle öffentlichen Dienstleistungen und die Infrastruktur privatisiert hatten. Der konservativ-liberale Einfluss, der aus dem Amerika Ronald Reagans und aus dem England Margret Thatchers kam, spielte in der Privatisierungsdebatte in Frankreich keine entscheidende Rolle. Im Vordergrund standen vielmehr Probleme von öffentlichen Unternehmen und die damit verbundenen Schwierigkeiten des öffentlichen Budgets. Erst ab 1993 kam es zu einer stärkeren Privatisierung in Frankreich. Wegen der monetären und fiskalischen Verpflichtungen, die Frankreich vor dem Beitritt zur Europäischen Währungsunion eingehen musste, aber auch durch die Notwendigkeit von Strukturreformen in Hinblick auf den zunehmenden weltweiten Wettbewerbsdruck wurden die wesentlichen öffentlichen Unternehmen in Frankreich im Bereich der Finanzwirtschaft, der Industrie und teilweise der Energie und der öffentlichen Dienstleistungen schrittweise privatisiert. Der Versuch, Unternehmen in französischer Hand zu behalten, spielt in Frankreich eine besondere Rolle.

**Großbritannien**

Der Anteil an öffentlichen Unternehmen in Großbritannien war in der Nachkriegszeit nicht geringer als in Frankreich. Durch die außerordentlich schlechte Entwicklung der britischen Wirtschaft in den 1960er und insbesondere in den 1970er Jahren und der sehr unglücklichen und destruktiven Rolle der britischen Gewerkschaften hat die Conservative Party, als sie 1979 mit Margret Thatcher die Regierung bilden konnte, ein wesentlich schärferes Privatisierungsprogramm realisiert, als es die anderen europäischen Staaten bis dahin getan haben. Diese Wende ist in der britischen Politik durch die Diskussion seit den 1950er Jahren und durch eine in Großbritannien schon immer vorhandene Skepsis gegenüber dem Staat vorbereitet worden. Zunächst gab es eine Privatisierung von über einer Million Häuser, die in öffentlichem Besitz waren, was einer Forderung der Thatcher-Zeit nach popular capitalism entsprach. Außerdem wurden öffentliche Dienstleistungen, z. B. Transportwesen, weitgehend privatisiert. Die Ziele dieser Großprivatisierungen waren, neben fiskalischen vor allem eine Gesellschaft der Aktienbesitzer zu schaffen. Ab 1987 wurden auch wesentliche Privatisierungsschritte im Gesundheits- und Erziehungswesen vorgenommen, ebenso wie in der Wasser- und Elektrizitätswirtschaft.

Das britische Beispiel ist insofern interessant, als es auch die Probleme der Privatisierung von Netzen (Schienen, Elektrizitätsleitungen) zeigt; Privatisierung muss hier offensichtlich mit einer starken Regulatorfunktion begleitet werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn private Unternehmen mit marktbeherrschender Stellung wie British Gas oder Elektrizitätshersteller und -verteiler entstehen. Die Labour Regierung hat nach 1997 keine wesentliche Neuausrichtung vorgenommen, sondern in den Verstaatlichungsentscheidungen eine pragmatische Haltung eingenommen. Wichtige Sektoren wie das Postsystem und das öffentliche Rundfunkwesen sind bis heute nicht privatisiert, obwohl sie es in fast allen anderen europäischen Ländern sind.

### **Niederlande**

Die Privatisierungsprozesse in den Niederlanden waren weniger durch ideologische Grundsatzdebatten, wie insbesondere in Großbritannien, aber auch Frankreich oder Schweden, gekennzeichnet, sondern durch langsame pragmatische Schritte. Die Beteiligungen des Staates in den privaten Unternehmen waren selten 100 %-Anteile, sondern häufig Minderheitsbeteiligungen. Der bekannt starke Einfluss des Staates in den Niederlanden ist mehr in der Regulierung des Sozialbereiches und des Arbeitsmarktes zu finden. Die Privatisierung begann im Wesentlichen erst 1982, sie betraf die Beteiligungen des Staates in etwa 40 Unternehmen, die meisten von ihnen gab es in den Bereichen Transport, Telekommunikation und Energie. Die Privatisierung wurde in zwei Phasen durchgeführt. In der ersten Phase gab es eine Reorganisation der öffentlichen Unternehmen und in der zweiten Phase die Übertragung des Eigentums an Kapitalgesellschaften und partieller Verkauf von Aktien.

### **Finnland**

Das öffentliche Eigentum in der Wirtschaft ist in Finnland im Zuge der Unabhängigkeit nach dem I. Weltkrieg entstanden. Der Zweck war vor allem, bestimmte Ressourcen wie die Wälder und auch Stahl und andere Metalle für die Industrie zu sichern. Nach dem II. Weltkrieg wurde, ähnlich wie in Österreich, ein wesentlicher Teil der Industrie verstaatlicht. Zum Unterschied vom französischen oder österreichischen Modell wurden die verstaatlichten Betriebe aber in hoher Unabhängigkeit vom Staat in Form von Kapitalgesellschaften geführt. Eine erste Phase der Privatisierung begann während der sozialdemokratischen Regierung im Jahr 1987. In einer zweiten Phase wurden ab 1991 zahlreiche Mehrheitsanteile des Staates verkauft. Die Ziele, die damit erreicht werden sollten, waren u. a. Zusammenschluss von Unternehmen, Verbesserung der Effizienz öffentlicher Unternehmen, Intensivierung des Wettbewerbs im Hinblick auf zunehmende Internationalisierung und Globalisierung. Die Privatisierungsbemühungen gingen nach dem Beitritt Finnlands zur Europäischen

**Privatisierung von Netzen muss von starker Regulatorfunktion begleitet werden**

**Langsame, pragmatische Privatisierungsschritte in den Niederlanden**

**Finnland: Öffentliches Eigentum entstand im Zuge der Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg**

**Zwei Privatisierungsphasen: 1987 und ab 1991**

**Die Privatisierungstechnik  
war in der Regel  
„initial public offering“**

Union 1995 vor allem im Hinblick auf Verbesserung des Wettbewerbes und Entwicklung von Kapitalmärkten weiter. Die Privatisierung und Deregulierung folgte pragmatischen Überlegungen und reagierte auch auf kurzfristige Änderungen der Märkte. Die Privatisierungstechnik war in der Regel initial public offering (IPO) am heimischen Aktienmarkt. Auch in Finnland war die Entwicklung einer Shareholder-Kultur ein wesentliches Ziel dieser Bemühungen.

**LITERATUR**

Aharoni, Y., The Performance of State-Owned Enterprises, in: P.A. Toninelli ed. The Rise and Fall of State-Owned Enterprises in the Western World. Cambridge University Press, 2000

Felderer, B., Fölzer, C., Helmenstein, H., Pippan, H., Talkner, C., Public-Private-Ownership, Forschungsbericht des Instituts für Höhere Studien im Auftrag der Gesellschaft des Bundes für industriepolitische Maßnahmen, Wien, November 2000

Felderer, B., Koman, R., Organisations- und Finanzierungsreform des öffentlichen Sektors, Forschungsbericht des Instituts für Höhere Studien im Auftrag des Zukunftsforums im Bundeskanzleramt, Wien, September 1997

OECD, Privatization in Asia, Europe and Latin America, Paris, 1996

Schneider, F., Bartel, R., Gemeinwirtschaft versus Privatwirtschaft. Ein Effizienzvergleich. Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für ökonomische Analysen wirtschaftspolitischer Aktivitäten, Band 5, Wien 1989